

BESCHLUSSBUCH

Bezirkskonferenz der Jusos Unterfranken

18. März 2023 Würzburg

Inhaltsverzeichnis

A01: Keine Kooperation mit dem IOC!	2
A02: Loot-Boxen und Pay-to-win als Glücksspiel behandeln!	5
A03: Bonitätsprüfung offenlegen – Schufa und Co. dürfen nicht mehr im Schatten über Existenzen entscheiden!	6
A04: Grundsätzliche Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für "Freigänger"-Katzen	7
A05: Fahrtkostenpauschale statt Erstattungs Wartespaß!, Nicht jeder kann auf Geld warten!	8
A07: Wochenendarbeit besser entlohnen – Steuerfreiheit von Sonntagszuschlägen auf Samstag ausweiten, gesetzlicher Anspruch auf Zuschläge für Wochenend-, Nachts- und Feiertagsarbeit	9
A08: SGB XIV ist nicht genug	10
A09: Safer Spaces – Queeres Netzwerk Bayern bleibt	11

1 **A01: Keine Kooperation mit dem IOC!**

2 **Antragsteller*in:** Jusos Main-Spessart/Miltenberg

3 **Adressat*innen:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-
4 Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

5 **Forderung:**

6 Der bayerische Innen- und Sportminister Joachim Herrmann (CSU) fabuliert von
7 Olympischen Sommerspielen 2036 in München. Das hätte eine Kooperation mit dem
8 International Olympic Committee (IOC) zufolge, welches Autokraten hilft, ihr Land in gutes
9 Licht zu rücken und dafür massive Menschenrechtsverletzungen kommentarlos hinnimmt.
10 Darüber hinaus greift das IOC bei Olympischen Spielen regelmäßig selbst in Meinungs- und
11 Journalismusfreiheit ein. Zudem handelt es sich um einen elitären Männer-Club, der
12 kapitalistische Interessen verfolgt.

13 Olympische Spiele in Bayern lehnen wir mit diesem IOC ab!

14 Denkbar wäre für uns lediglich eine Austragung im Landkreis Miltenberg. Wassersport wird
15 im und auf dem Main betrieben, ein großes Fußballstadion gibt es in Erlenbach a.M. und
16 der Hallensport wird in Elsenfeld stattfinden.

17 **1. Das IOC hilft Autokraten**

18 Olympische Spiele fanden in der jüngeren Vergangenheit in Russland und in China statt.

19 In Russland werden FLINTA*s und queere Personen unterdrückt. Politische Gegner*innen
20 des Regimes werden verfolgt. Die Opposition sowie die Medien werden massiv
21 eingeschränkt. Zudem tritt Russland aktuell erneut als Kriegsverbrecher auf.

22 In China wird keine Opposition zugelassen. Die Medien und die Meinungsfreiheit sind
23 massiv eingeschränkt und demokratische Bewegungen werden immer wieder gewaltsam
24 unterdrückt. Momentan betreibt China einen Genozid an den Uiguren. Ca. 1 Mio. Stecken in
25 Internierungslagern, wo sie Folter, Gewalt, Zwangsarbeit und Essensverbot ausgesetzt sind.
26 Viele kommen so ums Leben.

27 Das IOC schwieg weitestgehend zu diesen massiven Menschenrechtsverletzungen. Durch die
28 Austragung der Spiele gibt sie den Ländern gleichzeitig die Möglichkeit, mit weltweiter
29 Reichweite im besten Licht darzustellen. Mit so einer Organisation kooperieren wir nicht!

30 **2. Das IOC ist verschwenderisch statt nachhaltig**

31 Solange die Spiele stattfinden, ist dem IOC jedes Mittel recht. Sobald sich ein Staat – zur
32 Not ein Autokrat – gefunden hat, wird alles darangesetzt, möglichst prunkvolle Spiele
33 auszurichten. Immer wieder werden dafür auch Orte genommen, denen jegliche
34 Infrastruktur fehlt. Dort werden eigene, riesige Sportstätten ressourcenintensiv errichtet und
35 meist nie wieder annähernd für die erbaute Auslastung genutzt.



36 Besonders gilt dies für Winterspiele. Hier werden teils energiefressende
37 Temperaturanpassungen an den Sportstätten vorgenommen. Paradebeispiele hierfür sind
38 riesige Klimaanlageanlagen oder dutzendaufhundertfache Schneekanonen.

39 Dieses IOC hat mit Nachhaltigkeit und Zukunft nichts zu tun. So kooperieren wir nicht!

40 3. Das IOC verfolgt kapitalistische Interessen

41 Der Sport im Vordergrund? Von wegen! Auch beim IOC gilt: Je mehr Geld es gibt, desto
42 besser. Hierfür wurde schon mehrfach geklügelt und auch dubiose Geschäfte sind keine
43 Seltenheit. Beispielhaft hierfür sind Sponsoren- und TV-Rechte-Verträge zwischen dem IOC
44 und Chinesischen Staatsunternehmen, die sicher nicht zufällig im Vorfeld der Austragung in
45 China zustande kamen.

46 Statt den Sport in den Vordergrund zu stellen, verfolgt das IOC kapitalistische Interessen um
47 jeden Preis. Nicht mit uns!

48 4. Das IOC lügt sich in die eigene Tasche

49 Das IOC hat eine eigene Carta: Menschenrechte müssen gewahrt werden, Diskriminierung
50 jeglicher Art hat beim IOC kein Platz. Dazu stellt die Kooperation mit Autokraten wie
51 Russland und China ein krasses Gegenteil dar. Doch toleriert das IOC nicht nur massive
52 Menschenrechtsverletzungen in den Austragungsändern. Es schränkt zudem selbst die
53 Medienfreiheit ein und auch die Meinungsfreiheit der Athlet*innen, wenn diese die
54 Ansichten des Austragungslands kritisieren könnten. Solche Vorfälle sind rund um die Spiele
55 in China mehrfach dokumentiert. Das IOC hält sich somit selbst nicht an die eigenen Regeln,
56 sondern lügt sich in die eigene Tasche.

57 5. Es leidet der Sport und die Athlet*innen

58 Es ist der Traum der Athlet*innen, an Olympischen Spielen teilzunehmen. Sie zählen
59 weiterhin als das mit Abstand größte Sportereignis. Mit der Austragung in autokratischen
60 Ländern macht das IOC ihnen diesen Traum zu Nicht. Da sich das IOC selbst nie zu den
61 Menschenrechtssituationen vor Ort äußert, werden zwangsläufig die Athlet*innen gefragt.
62 Wenn diese sich politisch äußern, drohen ihnen harte Strafen durch das IOC. Wenn das IOC
63 aber selbst die eigenen Regeln nicht befolgt, hat das selbstverständlich keine
64 Konsequenzen. So setzen sie die Athlet*innen massiv unter Druck, statt zu garantieren, dass
65 es für sie nur um eins geht: Das größtmögliche Sportereignis sorgenfrei zu erleben.

66 Zudem beschäftigen sich die Athlet*innen häufig selbst mit der Situation vor Ort. Kaum
67 eine*n Athlet*in lässt es kalt, wenn nur wenige Kilometer von ihrer Sportstätte entfernt
68 Menschen nachweislich indoktriniert werden. Auch queere Athlet*innen leiden besonders,
69 wenn sie in Ländern antreten wollen, in denen sie im Alltag ihre queere Lebensweise nie
70 offen ausleben dürften, sondern sogar Haft unter widrigsten Bedingungen befürchten
71 müssten.

72 Wird das IOC auf die Probleme seiner Spiele aufmerksam gemacht, kommt regelmäßig das
73 Argument "Wir wollen doch nur den Athlet*innen ihr Sportereignis ermöglichen." Bzw. heißt



74 es umgekehrt, wenn Maßnahmen gefordert werden, "Darunter würden nur die Athlet*innen
75 leiden." Dieses Angebliche voranstellen der sportlichen Interessen zeigt nur eines: Für das
76 IOC sind die Athlet*innen nicht mehr als reine Verhandlungsmasse. Sie werden als
77 Argument vorgeschoben, um auch Kooperationen mit den größten Autokrat*innen
78 rechtfertigen zu können, damit die eigene Kasse klingelt.

79 **6. Das IOC ist ein weißer Männerverein**

80 Das IOC ist seit seinem Bestehen ein weißer Männerverein. Der erste Präsident war
81 Antisemit, der zweite ein Faschist. Bis heute haben nur Männer was zu sagen. Das wird
82 einem Verband, der weltweit Athlet*innen vertreten und die Menschenrechte wahren soll
83 nicht gerecht!

84 **7. Keine Plattform für dieses IOC**

85 Wir bieten einem IOC als Club alter weißer Männer, das kapitalistische Interessen verfolgt
86 und dafür mit Autokraten kooperiert, Menschenrechte mit Füßen tritt, die Umwelt ignoriert,
87 sich in die eigene Tasche lügt und Athlet*innen unter Druck setzt und als reine
88 Verhandlungsmasse missbraucht keine Plattform!



89 **A02: Loot-Boxen und Pay-to-win als Glücksspiel behandeln!**

90 **Antragsteller*in:** Jusos Würzburg Land

91 **Adressat*innen:** Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Juso-
92 Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

93 **Forderung:**

94 Wir fordern, dass Loot-Boxen und Pay-to-Win-Features in Videospiele gesetzlich
95 ausdrücklich als Glücksspiel eingeordnet werden, damit Behörden gegen Anbieter*innen,
96 die geltenden Bestimmungen zum Glücksspiel nicht einhalten, entsprechend vorgehen
97 dürfen. Gesetzliche Grundlagen wie der Glücksspielstaatsvertrag sollen entsprechend
98 angepasst werden.

99 **Begründung:**

100 Loot-Boxen und Pay-to-win-Features basieren auf dem Zufallsprinzip, bei dem der
101 Spieler*innen eine zufällige virtuelle Belohnung erhalten, die zu Fortschritt oder Erfolg im
102 Videospiele beitragen können. Dies kann dazu führen, dass Spieler*innen immer wieder Geld
103 ausgeben, um eine bessere Belohnung zu erhalten. Da der Ausgang des Spiels maßgeblich
104 vom Zufall abhängt, kann dies als Glücksspiel angesehen werden.

105 Die zufälligen Belohnungen in Loot-Boxen und Pay-to-win-Features haben ein
106 Suchtpotenzial. Wenn Spieler*innen immer wieder Geld ausgeben, um eine bessere
107 Belohnung zu erhalten, können sie in einen Teufelskreis geraten, der sie emotional und
108 finanziell belastet.

109 Derzeit gibt es keine Altersbeschränkung für den Kauf von Loot-Boxen und Pay-to-win-
110 Features, was bedeutet, dass auch Kinder ohne Einschränkung Geld ausgeben können.
111 Häufig trägt auch sozialer Druck, mehr Fortschritt und Erfolg zu erzielen oder besondere
112 Gegenstände innerhalb des Videospiele zu erhalten, dazu bei, dass Spieler*innen bereit sind,
113 mehr Geld für Loot-Boxen und Pay-to-win auszugeben.

114 Das Geschäft ist daher für viele Entwickler*innen von Videospiele finanziell sehr attraktiv. Sie
115 nutzen das Suchtpotenzial der Inhalte, um Profite zu erzeugen. Für Spieler*innen, die
116 hingegen nicht bereits sind, weiteres Geld neben dem Kaufpreis für das eigentliche Spiel
117 auszugeben, sind viele Inhalte nur eingeschränkt verfügbar. Entwickler*innen gestalten die
118 Inhalte ihres Spiels also bewusst so, um sozialen Druck zu erzeugen und bauen
119 Mechanismen ein, die Sucht fördern und Glücksspiel ähneln.

120 Eine Regulierung als Glücksspiel ist daher zum Schutz von Verbraucher*innen und der
121 Vorbeugung von Glücksspielsucht dringend geboten.



122 **A03: Bonitätsprüfung offenlegen – Schufa und Co. dürfen nicht mehr im Schatten**
123 **über Existenzen entscheiden!**

124 **Antragsteller*in:** Jusos Würzburg Land

125 **Adressat*innen:** Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Juso-
126 Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

127 **Forderung:**

128 Wir fordern, dass Wirtschaftsauskunfteien wie die Schufa ihre Algorithmen zur Bewertung
129 von Kreditwürdigkeit natürlicher Personen offenlegen müssen. Die Offenlegung soll dabei
130 einfach und für alle Verbraucher*innen verständlich erfolgen. Hierzu sollen der Bundestag
131 die gesetzlichen Grundlagen in der Bundesrepublik Deutschland schaffen und die
132 Bundesregierung über den Europäischen Rat einen entsprechenden Rechtsrahmen
133 innerhalb des europäischen Binnenmarkts anregen und durchsetzen.

134 **Begründung:**

135 Die Bonitätsbewertung hat erhebliche Auswirkungen auf das Leben von Verbraucher*innen,
136 wie zum Beispiel ihre Fähigkeit, Kredite zu erhalten oder eine Wohnung zu mieten. Eine
137 offengelegte Bonitätsbewertung würde helfen sicherstellen, dass die Bewertung fair und
138 objektiv ist und nicht auf Diskriminierung oder Vorurteilen basiert.

139 Verbraucher*innen könnten Fehler in ihren Bonitätsberichten leichter erkennen und
140 korrigieren lassen. Dadurch können sie vermeiden, dass sie aufgrund von falschen
141 Informationen schlechter bewertet werden. Indem der Algorithmus offengelegt wird,
142 können sich Verbraucher*innen vor ungerechtfertigten oder diskriminierenden Bewertungen
143 besser schützen.

144 Gleichzeitig würde eine Veröffentlichung des Algorithmus zur Brechung von Marktmacht
145 beitragen. Indem Bonitätsprüfungsanstalten ihren Algorithmus verschließen, entstehen
146 Monopolstrukturen, die eine Konzentration von Macht in einem Konzern ermöglichen und
147 damit starke Abhängigkeitsverhältnisse für Verbraucher*innen, Unternehmen und anderen
148 Marktteilnehmer*innen erzeugen.

149 Folge solcher kapitalistischen Auswüchse sind Machtmissbrauch, einseitige Abhängigkeit
150 innerhalb des Systems sowie Ineffizienzen. Eine Offenlegung von Algorithmen ist daher auch
151 im Sinn von Dezentralisierung von Unternehmensmacht und der Förderung von mehr
152 Innovation, indem vorausgegangene Pfadprozesse gebrochen werden, sinnvoll.

153 Eine Offenlegung von Algorithmen ist daher im Sinne der Transparenz, Fairness und Anti-
154 Diskriminierung wichtig. Damit Anbieter*innen keine Lücken zur Umgehung nutzen können,
155 sollte mit europäischer Rechtslegung ein breitmöglicher Regelungskreis angestrebt
156 werden.



157 **A04: Grundsätzliche Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für "Freigänger"-Katzen**

158 **Antragsteller*in:** Jusos Aschaffenburg

159 **Adressat*innen:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

160 **Forderung:**

161 Die Jusos fordern eine grundsätzliche Kastrations- und Kennzeichnungspflicht,
162 beispielsweise in Form eines Mikrochips, für freilebende und "Freigänger"-Katzen.

163 **Begründung:**

164 Fortpflanzungsfähige Katzen unbeaufsichtigt nach draußen zulassen ist verantwortungslos
165 sowohl gegenüber den Tieren selbst als auch gegenüber der Umwelt.

166 „Freigänger“-Hauskatzen stellen generell eine große Bedrohung für die Artenvielfalt dar,
167 insbesondere unter den Singvögeln.¹ Als eingeschleppte Kleinräuber stellen sie für das
168 Ökosystem genau die gleiche Belastung dar, wie jede andere invasive Art.

169 Doch auch für die Katzen selbst entsteht durch diese weitverbreitete Haltungsform viel Leid:
170 Als Tiere sind sie selbstverständlich nicht in der Lage, Gefahren, die aus dem Straßenverkehr
171 entstehen, richtig einzuschätzen. Sie werden häufig überfahren oder verursachen Unfälle,
172 indem Autofahrer für sie, unvorhersehbar für andere Verkehrsteilnehmer, bremsen. Sie sind
173 der Gefahr von Angriffen durch Hunde und Menschen ausgesetzt und natürlich nicht zuletzt
174 durch andere Katzen, wodurch sie sich leicht mit FIV, FelIV und vergleichbaren Viren und
175 Krankheiten infizieren können. All dies spiegelt sich auch in Statistiken zur Lebenserwartung
176 wider, die bei Freigängerkatzen 3 bis 10 Jahre niedriger ist als bei ihren Artgenossen ohne
177 unbeaufsichtigten Freigang. Hinzu kommt, dass Jungtiere, die durch die unkontrollierte
178 Fortpflanzung gezeugt werden, leicht nicht die notwendige tierärztliche Versorgung
179 erfahren.

180 **Quellen:**

181 <https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/katzen/15537.html>

¹ NABU Artenvielfalt



182 **A05: Fahrtkostenpauschale statt Erstattungs Wartespaß!, Nicht jeder kann auf Geld**
183 **warten!**

184 **Antragsteller*in:** Jusos Aschaffenburg

185 **Adressat*innen:** Juso-Bezirkskonferenz

186 **Forderung:**

187 Wir fordern für alle Veranstaltungen der Jusos Bayern eine Fahrtkostenpauschale von 20€ für
188 Mitglieder aus dem ausrichtenden Bezirk und von 50€ für alle weiteren Mitglieder. Diese
189 Pauschale muss im Vorfeld der Veranstaltungen ausgezahlt sein. Kosten, die die Pauschale
190 überschreiten, sind überdies weiterhin zu erstatten. Bei Absage durch die Teilnehmer*in
191 muss die Pauschale rückerstattet werden.

192 **Begründung:**

193 Wir sind ein Jugendverband mit vielen Auszubildenden und Studierenden in unseren
194 Reihen. Die Fahrtkosten zur Frühjahrs-Landeskonferenz 22 wurden in vielen Fällen mit
195 Verspätung von bis zu 4 Monaten ausgezahlt. Mitglieder, die regelmäßig zum Monatsende
196 jeden Euro einzeln umdrehen müssen, können es sich nicht leisten, so lange auf ihre
197 Fahrtkosten zu warten und werden damit tendenziell von Landeskonferenzen fernbleiben.
198 Dies gilt es unbedingt zu verhindern.



- 199 **A07: Wochenendarbeit besser entlohnen – Steuerfreiheit von Sonntagszuschlägen**
200 **auf Samstag ausweiten, gesetzlicher Anspruch auf Zuschläge für Wochenend-,**
201 **Nachts- und Feiertagsarbeit**
- 202 **Antragsteller*in:** Jusos Aschaffenburg
- 203 **Adressat*innen:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz
- 204 **Forderung:**
- 205 Wir fordern:
- 206 1. Die Ausweitung der Steuerfreiheit für Zuschläge für Sonntagsarbeit in Höhe von 50%
207 auch auf den Samstag als sog, Wochendendarbeit;
- 208 2. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestanspruchs auf Wochend-, Feiertags- und
209 Nachtarbeitszuschläge in Höhe der aktuellen Höchstgrenzen für Steuerfreiheit nach §3b
210 Einkommensteuergesetz.
- 211 **Begründung:**
- 212 Die Wochenenden dienen vielen Menschen zur Erholung von den Schwierigkeiten des
213 Lebens und des Alltags, sowie der oft hohen Belastung durch die Lohnarbeit. Wenn
214 Arbeitgeber*innen es für nötig halten, dass ihre Beschäftigten auch während dieser
215 Regenerierungszeit arbeiten und auf Zeit für sich, den*die Partner*in und oder Familie und
216 Kinder verzichten, müssen sie diese gebührend entschädigen. Die Mindestzuschläge setzen
217 für diese Entschädigung eine dringend gebotene Untergrenze.
- 218



219 **A08: SGB XIV ist nicht genug**

220 **Antragsteller*in:** Jusos Würzburg Stadt

221 **Adressat*innen:** Stadtparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-
222 Bundesparteitag, Jusos Unterfranken, Jusos Bayern, Jusos-Bundeskongress

223 **Forderung:**

224 Das Opferentschädigungsgesetz regelte bisher die Ansprüche von Betroffenen von
225 Gewalttaten. Zukünftig wird dies das SGB XIV tun. Auch wenn die Reform wesentliche
226 Verbesserungen für Betroffene bietet, bleibt die Kritik am Opferverständnis. Dies trifft
227 insbesondere bei Menschen mit psychischen Folgestörung.

228 Um Leistungen zu erhalten, dienen Gutachten als Grundlage um einen Grad der
229 Schädigung nachzuweisen. Problem dabei ist: In Gutachten kann nie das tatsächlich Leid
230 überprüft werden. So unterschiedlich wie Opfer sind, so unterschiedlich sind auch die
231 psychischen Folgestörungen. Die Begutachtungen richten sich jedoch – ähnlich wie die
232 „Glaubwürdigkeitsgutachten“ in Strafprozessen – nach gängigen Opferklischees. Unser
233 Anspruch an ein angemessenes Verfahren zur Opferentschädigung ist ein anderer, denn wir
234 könnten alle davon irgendwann im Leben betroffen sein.

235 Wir fordern deshalb eine Nachschärfung des SGB XIV:

- 236
- 237 • Leid und dadurch entstehende Einschränkungen können nur Betroffene selbst
238 definieren. Ihnen muss die Deutungshoheit darüber zurückgegeben werden. Nötige
239 Begutachten müssen die Diversität von Betroffenen ernstnehmen. Veraltete
240 Krankheitsbilder von Menschen mit einer posttraumatischen Belastungsstörung
241 müssen überwunden werden.
 - 242 • Betroffene, haben einen 24h-Job, in dem sie versuchen so gut wie möglich ihr Leben
243 zu gestalten. Es muss möglich sein dauerhaft in Teilzeit oder gar nicht zu arbeiten,
244 ohne Angst vor finanzieller Armut zu haben. Verfahren, in denen aufwändig und auf
245 retraumatisierende Art, nachgewiesen werden muss, dass auch wirklich immer noch
246 eine Einschränkung vorliegt, müssen abgeschafft werden.
 - 247 • Antragsverfahren kosten Kraft. Begleitung und Beratung ist unverzichtbar, damit
248 Betroffene nicht überfordert aufgeben. Der Ausbau von Beratungsstellen und
249 psychologischer Begleitung schafft die Schutzräume, in denen Betroffene ihre
250 Ansprüche geltend machen können.



251 **A09: Safer Spaces – Queeres Netzwerk Bayern bleibt**

252 **Antragsteller*in:** Jusos Würzburg Stadt

253 **Adressat*innen:** Stadtparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Jusos
254 Unterfranken, Jusos Bayern, SPD-Landtagsfraktion

255 **Forderung:**

256 50 Prozent und 66 Prozent von 2020 auf 2021. Das sind die Steigerungen bei
257 queerfeindlicher Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung bzw. der sexuellen Identität.
258 Einen landesweiten Aktionsplan gibt es in Bayern trotzdem noch immer nicht. Die fünfzehn
259 anderen Bundesländer sind hier bereits teilweise mehrere Schritte weiter.

260 Die Einrichtung des Modellprojekts Queeres Netzwerk Bayern, ist für uns ein erster Schritt
261 um mehr Schutz, Aufmerksamkeit und Aufklärungsarbeit für die spezifischen Themen der
262 LGBTQIA+ Community zu schaffen. Die Finanzierung steht bisher nur bis Ende 2023.
263 Netzwerkarbeit ist kein Sprint, sondern ein Marathon.

264 Wir fordern daher:

- 265
- 266 • Die dauerhafte Fortführung und Finanzierung. Dazu gehört für uns vor allem die
Ausstattung mit Personal und Räumlichkeiten auch außerhalb von München.
 - 267 • Die Einrichtung eines Fördertopfs für queere Projekte im ländlichen Raum.
 - 268 • Jährliche Rechenschaftsberichte über die Situation queeren Lebens in Bayern.
 - 269 • Die Förderung von Bildungs- und Aufklärungsarbeit zum Thema LGBTQIA+ in allen
270 Bildungseinrichtungen in Bayern.
 - 271 • Die Anerkennung queerer Bildungsarbeit als Bildungsurlaub.

272 Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit lässt sich nicht durch Wegschauen bekämpfen. Sie
273 verschwindet auch nicht, wenn man aufhört darüber zu sprechen. Nur, wenn alle Zusammen
274 den Mehrwert einer offenen und freien Gesellschaft erkennen, können wir Safer Spaces
275 schaffen.

